**Einzelinitiative für den Grundsatzentscheid
über die Einführung eines Gemeindeparlamentes in Horgen,**

zuhanden der Stimmberechtigten der Gemeinde (Urnenabstimmung)
eingereicht: am 7. Juni 2019 beim Gemeindevorstand Horgen

Gemäss § 3 des geltenden Gemeindegesetzes des Kantons Zürich können politische Gemeinden sich als Versammlungsgemeinde oder als Parlamentsgemeinde organisieren. Die Gemeinden regeln die Grundzüge ihrer Organisation in der Gemeindeordnung.

Über Änderungen der Gemeindeordnung entscheiden gemäss der geltenden Gemeindeordnung von Horgen vom 01.01.2014, Artikel 12.1, die Stimmberechtigten an der Urne.

Gemäss § 146 - § 154 des Gesetzes über die politischen Rechte des Kantons Zürich können in Versammlungsgemeinden Einzelinitiativen von einem oder mehreren Stimmberechtigten eingereicht werden. Der Gemeindevorstand hat nach der Einreichung einer Einzelinitiative drei Monate Zeit, über deren Gültigkeit zu befinden. Danach muss innert sechs Monaten eine Urnenabstimmung darüber stattfinden.

Auf dieser Grundlage und um angesichts der anstehenden Totalrevision der Gemeindeordnung von Horgen einen Grundsatzentscheid über die Wahl der Organisationsform der Gemeinde zu verlangen,

reicht der Co-Präsident der sozialdemokratischen Partei Horgen, Alfred Fritschi, geboren am 25.07.1954, wohnhaft am Allmendhölzliweg 14 in Horgen, dem Gemeindevorstand eine

Einzelinitiative mit folgendem Wortlaut ein:

- I. Die Gemeinde Horgen organisiert sich als Parlamentsgemeinde.**
- II. Das Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung der Parlamentsgemeinde erfolgt mit Beginn der neuen Legislaturperiode 2022-2026.**

Horgen, den 7. Juni 2019

Alfred Fritschi

Begründung der Einzelinitiative

Der Gemeinderat Horgen hat die Durchführung einer Totalrevision der Gemeindeordnung auf der Basis eines Mitwirkungsverfahrens angekündigt und sich deren Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2022 als strategisches Ziel gesetzt. Mit einer Informationsveranstaltung am 13. Juni 2019 will der Gemeinderat diesen Prozess der GO-Revision eröffnen.

Wie bereits mehrfach öffentlich kommuniziert (vgl. Zürichsee-Zeitung vom 27.4.2019), stellt sich in Horgen der Grundsatzentscheid, ob sich die Gemeinde auch in Zukunft als Versammlungsgemeinde oder neu als Parlamentsgemeinde organisieren will.

Im Kanton Zürich ist Horgen mit rund 23'000 Einwohner*innen bevölkerungsmässig die grösste politische Gemeinde mit einer Gemeindeversammlung. Schweizweit liegt Horgen diesbezüglich hinter Rapperswil-Jona und Baar an dritter Stelle. Die Bevölkerungszahl ist einer der wichtigen Faktoren für den Entscheid zur Einführung eines Gemeindeparlamentes. Bei mehr als 10'000 Einwohner*innen wird gemäss Fachleuten für eine Versammlungsgemeinde eine kritische Schwelle für ein gutes Funktionieren der Gemeindedemokratie überschritten (vgl. Claude Longchamp, SRF 08.06.2018).

Die aktive demokratische Teilnahme an Gemeindeversammlungen ist auch in Horgen seit langem tief (durchschnittlich 2-3% der Stimmberechtigten). Die Repräsentativität der Gemeindeversammlung, mit anderen Worten die ausgewogene Vertretung aller Bevölkerungsschichten, ist unbefriedigend. Wie in der übrigen Schweiz sind auch in Horgen an Gemeindeversammlungen in der Regel alteingesessene und ältere Stimmbürger*innen übervertreten, Junge und Neuzugezogene dagegen untervertreten (vgl. A. Ladner, IDHEAP 2016).

Ein weiteres wesentliches Argument für den Wechsel zu einer Parlamentsgemeinde ist die niedrigere Schwelle zum Eintritt in die Gemeindepolitik. Die Wahl in ein Parlament ist deutlich weniger anspruchsvoll als diejenige in eine Gemeindeexekutive, und auch die zeitliche Belastung ist wesentlich niedriger. Zudem kommt es bei einem Wegzug nicht zu einer Ersatzwahl, sondern die oder der Nächste auf der Wahlliste rückt ins Parlament nach. Dies fördert die aktive politische Teilnahme jüngerer Stimm- und Wahlberechtigter (vgl. Promo35, HTW Chur 2019).

Horgen bietet sich mit der Totalrevision der Gemeindeordnung die wertvolle Chance der Neuordnung und Neubelebung der Gemeindedemokratie. Wohl ist mit einer Aufgabe der Gemeindeversammlung für die daran Teilnehmenden der Abschied von liebgewonnenen Gewohnheiten verbunden. Und natürlich sind auch mit einem Gemeindeparlament Nachteile wie die höheren Kosten verbunden. Doch angesichts des absehbaren Bevölkerungswachstums stellt sich die Frage der Einführung eines Parlamentes für Horgen mit wachsender Dringlichkeit.

Jedenfalls bedeutet der Entscheid über die Gemeindeorganisation, also das Beibehalten der Gemeindeversammlung oder der Wechsel zu einem Parlament, eine grundlegende Weichenstellung für die Gemeindeordnung. Von diesem Grundsatzentscheid hängt die mögliche oder nötige Ausgestaltung von zahlreichen weiteren Aspekten der Gemeindeordnung ab.

Entscheidet sich der Souverän für die Versammlungsgemeinde, stehen Fragen wie die vorbereitende Gemeindeversammlung oder die Einführung einer Geschäftsprüfungsfunktion für die RPK im Raum. Beim Entscheid für eine Parlamentsgemeinde müssen mögliche Wahlkreise, die Anzahl der Parlamentssitze und allenfalls eine Verkleinerung der Exekutive diskutiert werden.

Der Grundsatzentscheid über die zukünftige Gemeindeorganisation muss daher sinnvollerweise vor der Lancierung eines allgemeinen Revisions- und Mitwirkungsprozesses zur Ausgestaltung der neuen Gemeindeordnung geklärt werden.